

Korr. für

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ - Gemeinderäte Anton Mahdalik und Mag. Günter Kasal betreffend „Österreicher-Bonus im Gemeindebau statt Günstig-Wohnungen für Graue Wölfe“, eingebracht in der Spezialdebatte Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen im Rahmen der Rechnungsabschlussdebatte am 30. Juni 2020 zu Post 14

Die jüngsten Ausschreitungen in Wien-Favoriten zwischen Grauen Wölfen und Kurden belegen drastisch wie dramatisch die gescheiterte Zuwanderungspolitik der Wiener SPÖ. Parallel- und Gegengesellschaften muss entschieden entgegengetreten werden. So kann angesichts des vergleichsweise hohen Niveaus an Förderungsdurchsatz angenommen werden, dass ein Gutteil der Demonstranten im Dienste Erdogans bzw. der PKK in gefördertem bzw. gefördert errichtetem Wohnraum lebt. Es ist unverantwortlich, integrationsunwilligen oder nicht integrierten Personen die Wohltaten des Sozialstaates in Form günstiger Wohnversorgung zukommen zu lassen. So wird etwa der Gemeindebau zu einem Herd sozialer und kultureller Konflikte degradiert. Und Wien gleichzeitig zum Anziehungspunkt ausländischer Extremisten.

Die türkis-blaue Novelle des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes verankerte in Gestalt von § 8 Abs. 4 bis 6 einen wirksamen Österreicher-Bonus, der gleichzeitig nachweislich besonders gut integrierte Personen umfasst. Es ist das Gebot der Stunde, diese Bestimmung auch auf die Vergabe von Gemeindewohnungen anzuwenden. Ausländische Extremisten und Demokratiefeinde dürfen nicht durch leistbaren Wohnraum unterstützt werden.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

B e s c h l u s s a n t r a g

MAGISTRATSDIREKTION DER STADT WIEN	
Eing.:	30. JUNI 2020 abgelehnt
F.L.-553844-2020-KFPICAT	
Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat, Landesregierung und Stadtsenat	

Die amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen wird aufgefordert, den Österreicher-Bonus gemäß § 8 Abs.4 bis 6 WGG in den Vergaberichtlinien für Gemeindewohnungen verbindlich zu implementieren, um der weiteren Ausbreitung von Parallelkulturen im Gemeindebau und damit in Wien entgegenzuwirken.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

[Handwritten signatures: Helmut Helbauer, G. Kasal, W. Kasal, and others]